

Trier, den 22.01.12

Dr. Johannes Verbeek
Avelsbacher Straße 31
54295 Trier

An die Ratsfraktionen der Stadt Trier
CDU, SPD, FWG, FDP, Die Linke
Augustinerhof
54290 Trier

Betr.: Vorlage 545/2011 zur Ratssitzung am 31.01.12 – mit Bitte um Ablehnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

am kommenden Donnerstag, den 26.01.12, wird sich der Ortsbeirat Kürenz mit der Ratsvorlage 545/2011 „53. Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan BU 16 ‚Petrisberg-Ost‘ 3. Änderung und Erweiterung“ befassen, um ein Votum für die kommende Ratssitzung abzugeben. Wie sich der Ortsbeirat mehrheitlich entscheiden wird, weiß ich freilich nicht. Aber ich werde mich dafür einsetzen, dass der Ortsbeirat diese Vorlage ablehnen wird und erwarte von den Stadtratsmitgliedern der verschiedenen Fraktionen ebenso eine klare und entschiedene Absage auf der kommenden Ratssitzung.

Folgende Gründe, die eigentlich allen Ratsmitgliedern wohlbekannt sind, treiben mich:

1. Der letzte Haushaltsplan der Stadt Trier vom 16.12.11 sieht keinerlei Finanzmittel für irgendeine Entlastungsmaßnahme für Altkürenz vor, weder wurde Geld für die „Umgehung Kürenz“ noch für den „Petrisbergaufstieg“ in den Haushalt eingestellt. Insofern gehe ich davon aus, dass beide Projekte „realistischer Weise“ nicht realisiert werden (sollen). –

Vor diesem Hintergrund fordere ich keineswegs eine weitere Umsetzung des „Petrisbergaufstiegs“ oder eine Realisierung der „Umgehungsstraße Kürenz“, sondern schlicht einen Baustopp für die Höhenstadteile: Petrisberg, Tarforst, Filsch und Irsch.

2. Sämtliche Maßnahmen, die vom Ortsbeirat in Kürenz in den letzten Jahren diskutiert und vorgeschlagen wurden, um wenigstens durch verkehrsregelnde Maßnahmen eine Entlastung in Altkürenz herbeizuführen (wie Tempo-30, Rechts vor Links, Verkehrsberuhigte Zone, Geschwindigkeitskontrollen durch Starenkästen, Geschwindigkeitsdisplays, etc.) wurden entweder durch den Rat, die Verwaltung oder von der Baudezernentin höchst selbst blockiert, so dass sich seit nunmehr über acht Jahren überhaupt nichts getan hat – außer dass der Verkehr durch die kontinuierliche Bebauung der Höhenstadteile permanent weiter zugenommen hat.
3. Durch die neue Bundesgesetzgebung der Winterreifenpflicht (von Oktober bis Ende März) hat sich neben der Verkehrszunahme auch noch der Geräuschpegel in der Avelsbacher

Straße „hörbar“ (!) erhöht, so dass die Schallschutzfenster, die schon seinerzeit von der Bürgerinitiative „Lebenswertes Kürenz“ gegen die Stadt Trier erkämpft werden mussten und eine „Reduzierung des Schalls um 45 Dezibel von außen nach innen“ erreichen sollten, nicht mehr ausreichen, so dass erneut eine „gesundheitsgefährdende“ (OVG-Koblenz) Lärmsituation für die Anwohner eingetreten ist.

4. Diese Situation sollte – so das Bundesverwaltungsgericht – durch eine Verkehrsentslastung für Altkürenz in einem „gesonderten Planungsverfahren“ bis zum Abschluss der Baumaßnahmen auf dem Petrisberg 2012 (- laut Stadtverwaltung Trier vor dem OVG-Koblenz (!)) beschlossen (und umgesetzt) werden. Das Bundesverwaltungsgericht gehe nämlich desweiteren davon aus, dass „auch die unteren Verwaltungseinheiten“ – also vor allem die Stadt Trier (!) – nach wie vor „an einer Verkehrsentslastung festhalten“. – Eben diesen politischen Willen sehe ich zur Zeit an keiner Stelle in Trier!
5. Unter Umständen wird sogar die geplante Verkehrsanbindung für die Firma Ehm von der Verwaltung nicht realisiert werden können, weil die Bahn (unerwarteter Weise) hohe Nebenkosten für die Gleisführung, etc. berechnen will, so dass erneut ein ganzes Gebiet von der Verkehrsanbindung ausgeschlossen ist und nach wie vor die Unterführung in der Avelsbacher Straße vom Schwerlastverkehr unzumutbarer Weise mit genutzt werden muss.

Vor diesem Hintergrund möchte ich feststellen, dass, wenn alle verkehrsentslastenden Maßnahmen aus den unterschiedlichsten Gründen von der Verwaltung nicht genehmigt und vom Stadtrat nicht umgesetzt werden, gleichzeitig aber dennoch am weiteren Ausbau der Höhenstadtbebauung durch Verwaltung und Rat festgehalten werden wird, dann von den Anwohnen zwangsläufig erneut eine Klage gegen die Stadt Trier angestrebt wird.

Insofern möchte ich Sie und Euch bitten, die Verwaltungsvorlage 545/2011 fraktionsübergreifend mit großer Mehrheit abzulehnen, deutliche Worte gegenüber den Plänen der Verwaltung zu finden und endlich einmal den vielen unehrlichen Worten wahre Taten folgen zu lassen!

Es kann doch wohl nicht sein, dass die Höhenstadtteile weiter ausgebaut werden sollen, während jegliche Verkehrsentslastung für die unteren Stadtteile den Konsolidierungsplänen der Stadt Trier oder dem Willen des Rates zum Opfer fallen, so dass die Anwohner in der Avelsbacher Straße – mit Zustimmung der Mehrheit des Rates der Stadt Trier - immer größerem Verkehrslärm nebst Feinstaubbelastung, etc. ausgesetzt werden.

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Verbeek

